

Norbert Blüm:

## Wer von Sozialzertrümmerung, Demontage und Abbau spricht, lebt auf einem anderen Stern

Auch wenn es die DGB-Funktionäre nicht wahrhaben wollen: nie ist mehr Geld für die Sozialpolitik ausgegeben worden als 1985. Genau ein Drittel des Bundeshaushaltes (82,3 Milliarden DM) werden für soziale Leistungen aufgewandt. Pro Kopf der Bevölkerung sind das 9310 DM. 1982 unter SPD-Verantwortung waren es nur 8520 DM. Wer da von Sozialzertrümmerung, Demontage und Abbau spricht, lebt auf einem anderen Stern! Das sagte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf dem 21. Bundeskongreß der CDA in Saarbrücken.

Zum Schluß seines politischen Rechenschaftsberichtes präsentierte Norbert Blüm, der mit großer Mehrheit als Vorsitzender der Sozialausschüsse wiedergewählt worden war, dem DGB 30 Prüfsteine. Norbert Blüm: Vom DGB habe ich gelernt, daß Prüfsteine das beste Mittel zur Prüfung von Politik sind. Deshalb habe ich die 30 Fragen zusammengestellt, die einfach zu beantworten sind. Ein Ja oder Nein reicht.

### Umfrage: Regierung vorn!

Die Regierung Kohl/Genscher hat wieder die Nase vorn: Wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären, würde die CDU/CSU 44 Prozent bekommen; die FDP kletterte um ein Prozent auf acht Prozent. Die SPD sackte um ein Prozent auf 41; die Grünen bekämen sechs Prozent, ermittelte Emnid.

### HEUTE LESEN SIE:

- **CDA-KONGRESS:**  
Vertrauensbeweis für Norbert Blüm und Ovationen für den Kanzler  
Seite 3
- **ARBEITSMARKT:**  
Zahl der Arbeitslosen  
im September deutlich verringert  
Seite 5
- **BAUINDUSTRIE:**  
Talfahrt ist gestoppt  
Seite 6
- **LEHRSTELLEN:**  
Zum dritten Mal Rekord —  
im Handwerk noch Stellen frei  
Seite 7
- **BUNDESWEHR:**  
Wehrgerechtigkeit  
wird durchgreifend verbessert  
Seite 9
- **STIFTUNG**  
„MUTTER UND KIND“  
Mehr Geld für bessere Hilfen  
Seite 12
- **DOKUMENTATION:**  
Ein Gesetz,  
das den Arbeitslosen hilft  
grüner Teil
- **CDU-EXTRA:**  
Die Skandale der „Neuen Heimat“  
— und der DGB schweigt dazu  
gelber Teil

# 30 Prüfsteine für den DGB

## Ist es gegen die Arbeitnehmer:

- ① daß wir Vorruhestand eingeführt haben?
- ② daß wir die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhöht haben und jetzt 97 000 statt vorher 29 000 Personen dadurch Arbeit haben?
- ③ daß wir die Mittel für berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung um 15 % erhöht haben?
- ④ daß wir die Zahlung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose verlängert haben?
- ⑤ daß wir den Ehegattenfreibetrag bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe und die Kinderfreibeträge verdoppeln?
- ⑥ daß wir den 58jährigen Arbeitslosen weiterhin Arbeitslosengeld zahlen, sie aber nicht mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen müssen?
- ⑦ daß es für arbeitslose Jugendliche wieder Kindergeld gibt?
- ⑧ daß wir arbeitslosen Jugendlichen wieder kostenlosen Krankenversicherungsschutz geben?
- ⑨ daß wir die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit um 800 Mio. DM erhöhen?
- ⑩ daß wir die beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahmen für Mütter verbessert haben?
- ⑪ daß wir eine Hinterbliebenenreform durchgeführt haben, die die kleinen Renten schont und frauenfreundlich ist?
- ⑫ daß wir zum ersten Mal Kindererziehungszeiten im Rentenrecht anerkennen?
- ⑬ daß wir die Wartezeit für den Anspruch auf Altersrente von 15 Jahren auf 5 Jahre gesenkt haben?
- ⑭ daß wir die erste Bundesregierung sind, die den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung erhöht hat?
- ⑮ daß wir die illegale Beschäftigung härter bestrafen?
- ⑯ daß jetzt Arbeitnehmer schon vor Ablauf der Dreijahresfrist wieder in Kur gehen können?
- ⑰ daß wir das Kündigungsschutzrecht für das Baugewerbe verstärkt haben?
- ⑱ daß wir die Sozialplanansprüche im Konkursfall wieder auf Platz 1 gebracht haben?
- ⑲ daß wir den Schutz für Teilzeitarbeitnehmer verbessert haben?
- ⑳ daß wir das Wohngeld durchschnittlich um 30 % erhöht haben?
- ㉑ daß wir die Sozialhilfe um 8 % erhöht haben?
- ㉒ daß wir ein Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM für alle Mütter oder Väter einführen?
- ㉓ daß wir einen Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie einführen?
- ㉔ daß wir den Anspruch auf Kurzarbeitergeld auf 2 Jahre verlängert haben?
- ㉕ daß wir 36 Anpassungsschichten im Bergbau finanzieren und damit Entlassungen vermeiden?
- ㉖ daß der Hüttenvertrag bis zum Jahre 2000 verlängert wurde?
- ㉗ daß die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand von 624,— DM auf 936,— DM erhöht wurde?
- ㉘ daß wir zusätzlich zum Kindergeld Kinderfreibeträge eingeführt haben und sozial Schwache einen Kindergeldzuschlag erhalten?
- ㉙ daß wir die Ausbildungsfreibeträge wieder angehoben haben?
- ㉚ daß die Preissteigerungsrate halbiert wurde?

# Vertrauensbeweis für Norbert Blüm und Ovationen für den Kanzler

Die 21. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft vom 4. bis 6. Oktober in Saarbrücken stand unter dem Motto „Technik nutzen — Zukunft sozial gestalten“. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten den Leit-antrag des Bundesvorstandes, in dem mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Techniken gefordert wird. In einem weiteren, ebenfalls einstimmig angenommenen Antrag zur Arbeitsmarktpolitik werden die Unter-nehmer aufgefordert, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, um die Massenarbeitslo-sigkeit zu beseitigen.

Wie sehr die Delegierten mit der Politik ihres Bundesvorsitzenden zufrieden wa-ren, zeigt das hervorragende Wahlergeb-nis für Norbert Blüm. Mit 323 von 336 abgegebenen Stimmen wurde er für wei-tere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Ihm zur Seite stehen Wolfgang Vogt (297 Stimmen), Anneliese Jakisch (259 Stim-men, anstelle von Irmgard Blättel), Kurt Härzschel (219 Stimmen), Peter Kudella (200 Stimmen) und Schatzmeister Heinz Soenius (313 Stimmen). Von den 17 Bei-sitzern erhielt der Berliner Senator Ulf Fink die höchste Stimmenzahl.

Der dreitägige Kongreß war gekennzeich-net von einer großen Disziplin der Dele-gierten, dennoch konnten mehr als 100 Anträge aus Zeitnot nicht behandelt wer-den. Sie wurden zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand überwiesen. Die Ab-haltung eines Sonderkongresses am 9. November fand keine Mehrheit.

Die 21. Bundestagung der Sozialaus-schüsse erhielt angesichts der bevorste-henden DGB-Aktionswoche ein beson-ders großes Gewicht in der Öffentlich-keit. Bundeskanzler Helmut Kohl, der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, nutzten die Gelegenheit, ihren Stand-punkt vor den Delegierten darzulegen. Viel Beifall und stehende Ovationen gab

es für Helmut Kohl, der sich den ganzen Samstagvormittag den sehr offenen und teilweise auch kritischen Beiträgen der Delegierten stellte und keiner Frage aus-wich. Helmut Kohl betonte, er erwarte von keinem Sozialdemokraten im DGB, daß er abschwöre, er erwarte aber andererseits vom DGB, daß er und seine Poli-tik mit dem gleichen Maßstab gemessen würde wie ein SPD-Kanzler. Der Bundes-kanzler wies auf die großen wirtschafter-politischen Erfolge hin. So sei vor allen Dingen die auf zwei Prozent gesunkene Preissteigerungsrate eine absolute Spit-zenleistung in der Welt.

In seinem Grußwort räumte DGB-Chef Ernst Breit ein, daß es durchaus positive Aspekte in der Regierungspolitik gebe, wozu er den Anstieg der Beschäftigung, verbessertes Kindergeld, Erziehungsgeld, längere Bezugszeiten für Arbeitslosengeld und die Qualifizierungsoffensive zählte. Zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit ver-misse er jedoch einen beschäftigungspoli-tischen Kraftakt der Regierung, und des-halb bleibe der DGB bei seinen vorgese-henen Aktionen.

Alfred Dregger, der nach Breit sprach, bat den DGB-Vorsitzenden, die geplan-ten Aktionen noch einmal zu überdenken und nicht diejenigen in Gewissenskon-flikte zu stürzen, die treue Anhänger der CDU/CSU und treue Anhänger des

DGB seien. Der Fraktionsvorsitzende fügte hinzu, es könne nicht Aufgabe des DGB sein, der unionsgeführten Regierung die miserablen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte der SPD aufzuzwingen, die schließlich zur Massenarbeitslosigkeit und völlig zerrütteten Staatsfinanzen geführt hätten. Nachdem der Trümmerberg weitgehend abgeräumt sei, habe niemand in der Union Anlaß, mit gesenktem Haupt durchs Land zu gehen. Wir können stolz sein. Was wir geschafft haben, müssen andere erst einmal nachmachen.

Norbert Blüm hatte den Stellenwert der CDA schon in der Eröffnungsrede klargemacht: **Der DGB braucht uns, wenn er Einheitsgewerkschaft bleiben will, und die Freien Demokraten brauchen uns, wenn sie in der Funktion einer geborenen Regierungspartei bleiben wollen!** Zum Schluß appellierte der Bundesarbeitsminister noch einmal an die Unternehmer, jetzt Arbeitskräfte einzustellen, nachdem wir die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben.

Neben Bundeskanzler Helmut Kohl und Fraktionschef Alfred Dregger nahmen außer dem DGB-Chef Ernst Breit auch mehrere Vorsitzende von Einzelgewerkschaften an der Bundesversammlung in Saarbrücken teil:

Berthold Keller, IG Textil - Bekleidung, Günter Volkmer, Handel, Banken und Versicherungen,

Heinz-Werner Meyer, IG Bergbau und Energie, sowie zahlreiche Vorsitzende von Einzelgewerkschaften.

Ein Grußwort richtete auch Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, an die Delegierten.

Bemerkenswert an diesem Kongreß war auch ein ökumenischer Gottesdienst am Samstagabend in der Kongreßhalle, der sehr große Zustimmung bei den Delegierten fand.

## Kanzler-Worte

*Heute findet kein Mensch mehr etwas dabei, laut und deutlich zu sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland wieder zu ihrem Rang als eine der führenden Industrienationen der Welt zurückgefunden hat. Wir sind Spitze in einer ganzen Reihe der entscheidenden Faktoren. Wir haben mit die niedrigste Inflationsrate. Eine Rate von knapp 2 Prozent, das bedeutet praktisch feste Preise. Das hat es in Jahrzehnten so nicht gegeben. Und das ist ein großartiges Ergebnis unserer Politik.*

*Wir haben volle Auftragsbücher bis hin in die Krisenbranchen hinein. In der Bauindustrie beispielsweise sieht man jetzt deutliche Silberstreifen am Horizont. Das Blatt hat sich völlig gewendet. Alle Experten, die nationalen wie die internationalen, prophezeien uns, daß wir bis 1986/87 einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung vor uns haben...*

*Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Schnellboot, das man an Ort und Stelle wenden kann. Sie ist eher ein Riesentanker. Wenn man den in der Strömung wendet, braucht man gewaltige Bremsstrecken, und alles, was dazugehört, ist außerordentlich schwierig und differenziert. Dabei kriege man Gegenwind, Wasser über den Bug, und man wird leicht zu naß.*

*Wir werden im nächsten Jahr dem Bürger deutlich machen können, daß die Wende der deutschen Politik in allen entscheidenden Grundfragen eingeleitet oder vollendet wurde, soweit dies in der kurzen Zeit möglich war, und daß die Bundesrepublik Deutschland national und international einen völlig anderen Stellenwert gewonnen hat. Das ist eine ganz ungewöhnlich erfolgreiche Regierung. Sie werden sehen, das wird ein gutes Wahlergebnis für die Union im Januar 1987 werden.*

# Zahl der Arbeitslosen im September deutlich verringert

Die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt geht weiter. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Durchschnitt des 2. Quartals 1985 um rd. 165 000 über dem Stand von 1984. Inzwischen dürfte das Niveau des Vorjahres noch deutlicher übertroffen werden.

Der Anstieg der Beschäftigung beschränkt sich nicht mehr nur auf Süddeutschland, sondern erfaßt mehr und mehr auch andere Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Abnahme der Arbeitslosenzahl um 65 000 ist die höchste in einem September seit vielen Jahren.

Erfreulich ist zudem, daß die Zahl der Arbeitsvermittlungen steigt: Im dritten Quartal gab es 962 400 Arbeitsvermittlungen; das sind über 51 000 (+6%) mehr als im Vorjahr. In den Metall- und Elektrikerberufen lag die Zahl der Arbeitsvermittlungen von Januar bis August 1985 bei rd. 147 000, das sind 13 % mehr als im Vorjahr.

Der Grund für den relativ langsamen Abbau der Arbeitslosigkeit trotz steigender Beschäftigtenzahlen liegt darin, daß die Zahl der Arbeitsplatzsuchenden noch immer zunimmt.

Die Perspektiven für das Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem sind günstiger als die vordergründige Optik der Septemberzahlen.

Der in diesem Jahr besonders starke Zustrom von Jugendlichen aus dem schulischen in das Berufsbildungssystem wird zum erheblichen Teil erst im Oktober und November dieses Jahres in betriebliche oder überbetriebliche Ausbildungsplätze oder sonstige berufliche Weiterbildungs-

maßnahmen eingegliedert werden können.

Viele junge Menschen, die ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, jedoch beim ausbildenden Betrieb nicht übernommen werden konnten, werden nach kurzer Zwischenphase der Arbeitslosigkeit recht schnell andere Arbeitgeber finden, nachdem das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 auch den Abschluß von Zeitverträgen möglich gemacht hat.

Viele Vorruhestandswünsche von Arbeitnehmern ab 58 Jahren werden Zug um Zug in Verbindung mit der Begründung neuer Ausbildungsverhältnisse oder der Übernahme Ausgebildeter in anschließende Beschäftigung realisiert werden können; denn erst durch diese Kombination ist der staatliche Zuschuß zum betrieblichen Vorruhestandsgeld gesichert.

Man erinnere sich: Bereits in den beiden Vorjahren war festzustellen, daß die Arbeitsmarktentlastung nicht wie in früheren Jahren hauptsächlich im September durchschlag, sondern erst im Oktober und November. Darauf kann auch in diesem Jahr gehofft werden; dies bestätigen die bisher für dieses Jahr vorliegenden absoluten und saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten. ■

## Waldschäden

Nach den Ergebnissen der Waldschadenerhebung 1984 sind 50% der deutschen Waldfläche (Schadstufe 1—4) in ihrer Vitalität gemindert oder geschädigt. Läßt man die Schadstufe 1, die Schadstufe mit den geringsten Vitalitätsverlusten, außer Betracht, so verbleiben 17% der deutschen Waldfläche mit deutlichen Krankheitsbildern.

# Die Talfahrt ist gestoppt

**Der Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau der CDU befaßte sich in Bonn u. a. mit der Verbesserung der Lage in der Bauwirtschaft. Nach der Sitzung erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, MdB Franz Möller:**

Die Maßnahmen der Regierung Helmut Kohl zur Verbesserung der Lage der Bauwirtschaft wirken positiv. Die Talfahrt der Baukonjunktur ist gestoppt.

Der September-Bericht der Deutschen Bundesbank zeigt: Der Auftragseingang im Baugewerbe ist seit dem Frühjahr beträchtlich gestiegen. Die Baunachfrage im öffentlichen Bau hat angezogen. Es wurden rund 14 % mehr Aufträge vergeben als in den vorangegangenen Mona-

ten. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt diesen Trend: Die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau hat sich seit dem Frühjahr dieses Jahres deutlich erhöht. Auch beim Wirtschaftsbau ist die Entwicklung positiv. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres nahmen die Aufträge um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Dieser positive Trend wird sich fortsetzen, wenn Kommunen und Unternehmen die Maßnahmen der Bundesregierung für Bauinvestitionen nutzen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Politik diese positive Entwicklung ermöglicht. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Lage der Bauwirtschaft sichern oder schaffen bis zu 130 000 Arbeitsplätze.

## 160 000 neue Stellen in der Metallindustrie

**Die deutschen Metallunternehmen haben von Juni 1984 — dem Beschäftigungstiefstand in der Metallindustrie — bis Ende Juli dieses Jahres nach eigenen Angaben 30 000 Angestellte und 130 000 Arbeiter neu eingestellt. Allein im Juli seien 36 700 neue Mitarbeiter eingestellt worden, Ende Juli waren 3,83 Millionen Beschäftigte dort tätig.**

Das berichtete der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Köln. Zugleich sei die Zahl der Kurzarbeiter von 135 000 auf 18 000 zurückgegangen, was nach dieser Darstellung einem zusätzlichen Beschäftigungsvolumen von über 30 000 Vollarbeitsplätzen entspreche.

Nach den Worten von Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner ist damit ein durchschlagender Beweis erbracht

worden, daß sich eine angebotsorientierte Tarifpolitik auch auf dem Arbeitsmarkt auszahlt. Die seit drei Jahren betriebene lohnpolitische Kostenstabilisierung habe die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert, über verbesserte Erträge die Investitionskonjunktur in Gang gebracht und so zu einem sich selbst tragenden Aufschwung geführt. Für die Arbeitnehmer habe sich die zurückhaltende Lohnpolitik nicht nur in mehr Beschäftigung, sondern auch in einer deutlichen Preisberuhigung ausgezahlt.

Die von der IG Metall durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung spiele für die Neueinstellungen nur eine unwesentliche Rolle, so Kirchner weiter. Soweit die neue Arbeitszeitregelung in Einzelfällen zu Neueinstellungen geführt habe, sei dies das Ergebnis der Flexibilisierung der Arbeitszeit gewesen.

# Zum dritten Mal Rekord – im Handwerk noch Stellen frei

Zum Stichtag 30. September sind bereits über 92 Prozent aller Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, versorgt. Mit rd. 730 000 (Vorjahr: 726 000) angebotenen Ausbildungsplätzen und rd. 710 000 (Vorjahr: 706 000) abgeschlossenen Verträgen wird zum dritten Mal seit Antritt der Regierung Helmut Kohl ein neuer Lehrstellenrekord erzielt.

Den 59 700 bisher noch nicht vermittelten Bewerbern stehen derzeit noch 22 100 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Die 59 700 Jugendlichen, davon etwa zwei Drittel Mädchen, brauchen nicht zu verzagen: Der Stichtag ist kein Schicksalstag. Von den vor einem Jahr zum Stichtag 30. September noch unvermittelten Bewerbern waren am 30. September 1985 nur noch 4 000 nicht versorgt. D. h.: der Ausbildungsstellenmarkt bleibt auch noch in den nächsten Monaten in Bewegung. Es besteht kein Grund zur Resignation oder zur Schwarzmalerei.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist in diesem Jahr mit rd. 770 000 erneut sehr hoch. Diese Entwicklung ist zu einem großen Teil auf die Änderungen im Bildungsverhalten, insbesondere bei Abiturienten, aber auch auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Der sich deutlich abzeichnende und im Trend sich noch verstärkende Lehrstellenrekord bestätigt die erfolgreiche Berufsbildungspolitik der Bundesregierung, die die Rahmenbedingungen für die ausbildenden Betriebe gezielt verbessert hat. So zeigt die Ausbildungsplatzbilanz 1985 die weiter zunehmende Attraktivität des dualen Systems der Berufsbildung. Die Jugendlichen haben die berechnete Erwartung, daß sich nach einer betriebli-

chen Ausbildung gute Berufsperspektiven eröffnen. Die Jugendarbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 25 Jahren ist deshalb bei uns im internationalen Vergleich mit 12,9 Prozent relativ niedrig, auch wenn die Probleme des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf immer deutlicher sichtbar werden. Hier stellen das Beschäftigungsförderungsgesetz und die vom Bundeskabinett beschlossene Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes wirksame Hilfen dar.

## Ausbildungschancen im Handwerk nutzen

Das deutsche Handwerk hat 1985 sein Lehrstellenangebot weiter gesteigert, trotzdem muß mit einem Rückgang der neu abgeschlossenen Lehrverträge in diesem Jahr gerechnet werden. Nach Angaben des Handwerkspräsidenten Paul Schnitker übersteigt die Zahl der von den Betrieben den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen in den Metallberufen die Zahl der gemeldeten Bewerber. Auch in den Elektroberufen, in den Textil-, Bekleidungs- und Lederberufen, den Ernährungsberufen sowie bei den Friseuren ist das Angebot an Lehrstellen kräftig gestiegen. Die Nachfrage in diesen Berufen stagniert jedoch oder ist sogar leicht rückläufig. Die Berufswünsche der Mädchen, aber auch der männlichen Schulabgänger mit höheren Schulabschlüssen konzentrieren sich vorwiegend auf nichtgewerbliche Berufe. Das Handwerk wendet sich deshalb an alle Lehrstellenbewerber, die bisher noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, die Ausbildungschancen in den 126 Handwerksberufen noch stärker zu nutzen: Auch über den 30. September hinaus sind Lehrstellen im Handwerk zu finden.

# Protest gegen Rede- und Redeverbot für von Hassel durch die sozialistische Regierung

Am 20. September 1985 hat die sozialistische Regierung Maltas dem ehemaligen Bundestagspräsidenten und jetzigen Vizepräsidenten der Europäischen Union der Christdemokratischen Parteien (EUCD), Kai-Uwe von Hassel, die Möglichkeit verweigert, auf einer Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Unabhängigkeit ein Grußwort an die maltesische Nationalpartei zu richten. Herr von Hassel nahm an einer Sitzung des Politischen Büreaus der EUCD teil, die als Akt der Solidarität für die seit Jahren bedrängte Nationalpartei stattfand.

Diese willkürliche Maßnahme wurde getroffen, obwohl Herr von Hassel, wie alle anderen vorgesehenen Redner, zugesichert hatte, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Maltas einzumischen. Die sozialistische Regierung verhielt sich ebenso unfreundlich wie bei der Ausweisung von Hassels anlässlich der letzten EUCD-Sitzung auf Malta 1978. In ähnlicher willkürlicher Weise wurde der italienische Vorsitzende der Democrazia Cristiana, Piccoli, am Reden gehindert; der Vorsitzende der EUCD-Jugendorganisation wurde zunächst festgenommen, sodann ausgewiesen.

Die Bundesregierung hat diesen Vorfall zum Anlaß eines scharfen Protests bei der maltesischen Regierung genommen. In der Protestnote wird das Bedauern und Befremden der Bundesregierung über das Vorgehen der maltesischen Regierung ausgedrückt. Dieses Vorgehen werde die bilateralen Beziehungen belasten. Der FIA sei ein Hindernis für die Integration Maltas in Europa. Seine baldige Aufhebung oder zumindest völlige Reform in einem mit den geltenden europäischen

Maßstäben konformen Sinne sei dringend erforderlich.

Dieses Vorgehen beweist, wie gerechtfertigt die wiederholte Verurteilung der gegenwärtigen sozialistischen Regierung Maltas im Europaparlament und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auch nach der Ablösung Mintoffs durch Bonnici weiterhin ist. Die CDU wird dieses Verhalten erneut in den europäischen parlamentarischen Gremien zur Sprache bringen. Die CDU fordert die SPD auf, auf ihre Partnerpartei in der Sozialistischen Internationale einzuwirken, damit auch in Malta ein Mindestmaß demokratischer Verhaltensformen beachtet wird.

## 57 000 unbesetzte Arbeitsplätze in Baden-Württemberg

Auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg gibt es gegenwärtig mit 57 000 freien Arbeitsplätzen 2,3mal soviel offene Stellen, wie bei den Arbeitsämtern erfaßt sind. Dies geht aus der ersten Untersuchung über die tatsächliche Zahl der offenen Stellen im Bundesgebiet hervor, die von den zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK) vorgelegt wurde.

Wäre es möglich, diese Arbeitsplätze zu besetzen, dann würde sich die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg von 5,1 Prozent auf 3,6 Prozent vermindern. An der Umfrage der baden-württembergischen IHKs hatten sich 6 199 Unternehmen mit 1,1 Millionen Beschäftigten beteiligt.

# Wehrgerechtigkeit wird durchgreifend verbessert

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes beschlossen, wonach das Kriegsdienstverweigerungsgesetz bis zum 31. Dezember 1990 unverändert weiter gelten soll. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil die Übereinstimmung des Gesetzes mit dem Grundgesetz bestätigt. Aus einem Bericht des Bundesfamilienministers über die Erfahrung mit der Durchführung des Gesetzes ergibt sich, daß es sich bewährt hat.

Die Bundesregierung hat außerdem beschlossen, zur Sicherung der Landesverteidigung die Wehrgerechtigkeit durchgreifend zu verbessern und danach ab 1. Juli 1989 den Grundwehrdienst auf 18 Monate zu verlängern. Die Stärke unserer Streitkräfte bemißt sich nach der Bedrohung und nach ihren Aufgaben im Bündnis. Dazu gehört auch in den 90er Jahren die Erhaltung des Friedens in Freiheit, die Gewährleistung der politischen Handlungsfreiheit der Bundesrepublik Deutschland auch in einer Krise, die Vorverteidigung, die Verstärkung der konventionellen Abwehrkraft, um die nukleare Schwelle anheben zu können, erklärte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner.

Wiederholte Untersuchungen seit 1981 haben ergeben, daß hierzu auch in den 90er Jahren ein Friedensumfang der Streitkräfte von 495 000 Soldaten erforderlich bleibt. Eine Verminderung des Umfangs unserer Streitkräfte hätte verhängnisvolle Auswirkungen im Bündnis sowie auf die Rüstungskontrollverhandlungen und würde die Fähigkeit zur Friedenssicherung einschneidend beeinträchtigen. Wir halten sie daher für unvertret-

bar. Als Folge des Geburtenrückgangs sinkt das Aufkommen an wehrdienstfähigen Männern Ende der 80er Jahre dramatisch ab. Geschähe nichts, würde die Zahl aktiver Soldaten Ende der 90er Jahre auf unter 300 000 sinken. Zur Sicherung des Friedensumfangs werden zunächst alle Maßnahmen ergriffen, das Potential an Wehrpflichtigen vollständig auszuschöpfen und damit die Wehrgerechtigkeit durchgreifend zu verbessern. Die Wehrdienstzeit darf für den einzelnen Wehrpflichtigen erst dann verlängert werden, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind und die Belastung gleichmäßig und gerecht alle treffen. Daher werden vor dem 1. Juli 1989 im Bereich der Grundwehrdienstleistenden die Anforderungs- und Tauglichkeitskriterien bis an die Grenzen dessen herabgesetzt, was ohne Gefährdung der Gesundheit unserer Wehrpflichtigen und der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte zu verantworten ist, die Wehrdienstausnahmen und Einberufungshindernisse einschneidend verringert. Die Freistellungsquote von Zivil- und Katastrophenschutz wird an das verringerte Aufkommen angepaßt. Wehrpflichtige, die ohne Genehmigung des Kreiswehrratsamtes den Geltungsbereich des Wehrpflichtgesetzes für länger als drei Monate verlassen, werden nicht nur bis zum 28., sondern bis zum 32. Lebensjahr einberufen. Auch Wehrpflichtige, die rechtmäßig ihren Wohnsitz im Ausland haben, sich jedoch tatsächlich für mehr als drei Monate im Inland aufhalten, sollen zum Wehrdienst herangezogen werden.

Dennoch reichen alle diese Maßnahmen nicht aus, um den Umfang unserer Streit-

kräfte in den 90er Jahren aufrechtzuerhalten. Daher muß zur Sicherung des Personalbestandes ab 1. Juli 1989 der Grundwehrdienst auf 18 Monate verlängert werden. Das hat der Bericht der noch von meinem Vorgänger 1981 eingesetzten Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr nachgewiesen. Die von mir angeordneten Folgearbeiten haben das bestätigt. Die Bundesregierung wird mit den Bundesländern und den Kultusministern beraten, um sicherzustellen, daß Wehrpflichtige wegen der Verlängerung der Wehrdienstzeit keine zusätzlichen Nachteile erleiden. Wir sind fest entschlossen, das für unsere Sicherheit Notwendige rechtzeitig und ohne Rücksicht auf Wahltermine zu tun. Die Bundeswehr braucht eine sichere Planungsgrundlage, und die jungen Männer brauchen frühzeitig Klarheit. NATO und Warschauer Pakt müssen wissen, daß die Bundeswehr trotz der ungünstigen Personalsituation auch in den 90er Jahren ihren Beitrag zur Friedenssicherung und zur Landesverteidigung ungeschmälert erfüllen wird. ■

## Personalien

Zu seinem neuen Vorsitzenden hat der Auswärtige Ausschuß Dr. Hans Stercken (CDU/CSU) als Nachfolger des am 12. Juli verstorbenen Dr. Werner Marx bestimmt. Dr. Stercken war bisher stellvertretender Obmann seiner Fraktion im Ausschuß. ★

Lutz Stavenhagen, CDU-Abgeordneter aus Pforzheim, ist zum Staatsminister im Auswärtigen Amt ernannt worden. Er tritt die Nachfolge von Alois Mertens an. ★

Helmut Schultz (32), CDU, ist Abgeordneter im Deutschen Bundestag geworden. Er rückte für den am 12. Juli 1985 verstorbenen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Werner Marx, in das Parlament nach.

## Zum Tode von Haimo George



Mit Haimo George verliert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen profilierten Politiker und einen Menschen, der seine ganze Lebenskraft insbesondere für die Sozialpolitik eingesetzt hat, erklärt der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Alfred Dregger.

Haimo George war seit 1976 direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Calw/Freudenstadt, ab 1981 Obmann der CDU/CSU im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages. Seit Ende 1982 war Haimo George Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Über die Wahrnehmung seiner Pflichten als sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hinaus zeichnete sich Haimo George durch Verfassung fundierter Publikationen und Entwicklung eigener Ideen aus und beeinflusste damit erheblich die politische Meinungsbildung.

Die Union hat mit Haimo George einen Menschen verloren, dessen Leben und öffentliches Wirken an außergewöhnlich strengen ethischen Maßstäben orientiert waren und der seiner Verantwortung gegenüber Volk und Staat immer gerecht geworden ist.

# Evolution statt Revolution

**Nach Art. 10 Satz 3 tritt das Kulturabkommen mit der Republik Südafrika sechs Monate nach Kündigung außer Kraft. Genug Zeit also, um das neue Kulturabkommen auszuhandeln und eine Unterbrechung der in der gegenwärtigen Situation besonders wichtigen Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zu vermeiden.**

Die angestrebte Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen, wofür auch bei den laufenden Haushaltsberatungen noch entsprechende finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden sollen, ist mithin das Gegenteil einer Sanktion.

Sie geht über die vom EPZ-Ministerrat geforderte und von ihm als positiv gekennzeichnete Maßnahme hinaus, die Kontakte nur mit der nichtweißen Bevölkerung etwa in den kulturellen, wissenschaftlichen oder sportlichen Bereichen zu verstärken; denn nach unserem Willen darf es auch keine Rassentrennung aus der anderen Richtung geben. Das kulturelle Engagement der Bundesrepublik Deutschland soll den Menschen in Südafrika gelten, allen Menschen, den Schwarzen, den Farbigen, den Asiaten und den Weißen. Vor allem aber soll es dem friedlichen Zusammenleben und Zusammenwirken der unterschiedlichen Rassen und Völkerschaften dienen.

Mit dieser Zielsetzung steht die CDU/CSU-Fraktion in der Kontinuität ihrer Afrikapolitik: für Evolution und gegen Revolution, für Frieden und gegen Gewalt, für Reform und gegen Verteufelung der Reformer, für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung, für Demokratie und gegen totalitäre Machtansprüche,

für wirtschaftlichen Fortschritt und gegen Hungerdiktatur.

**Der Deutsche Bundestag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen:**

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, die Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen der Republik Südafrika im kulturellen Bereich zu verstärken. Er unterstützt das Vorhaben der Bundesregierung, nach der Änderungskündigung des Kulturabkommens von 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika sofort Verhandlungen über ein neues Kulturabkommen aufzunehmen. Das kulturelle Engagement der Bundesrepublik Deutschland hat auch bisher schon die nichtweiße Bevölkerung Südafrikas einbezogen. Das neue Kulturabkommen soll dieses Engagement künftig auch rechtlich unzweideutig absichern. Dabei sollen auch Bereiche wie der Sportverkehr, die Überlegungen zur Errichtung eines Goethe-Instituts und die Ausweitung des Sonderprogramms südliches Afrika einbezogen werden. Der Deutsche Bundestag betrachtet solche erweiterten Kulturbeziehungen als einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Apartheid und zur Unterstützung einer friedlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Südafrika.

## Zitat

*Mitbürger, die mich kritisieren und mir raten, schlag' doch mal mit der Faust auf den Tisch und mach' dies oder mach' jenes und dabei auf die Richtlinienkompetenz verweisen, bedenken nicht, daß eine Koalitionsregierung zusammengesetzt ist aus unterschiedlichen Parteien mit eigenem Profil, auch gelegentlich mit eigener Profilneurose.*

**Helmut Kohl**

# Mehr Geld für bessere Hilfen

**Die Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens, hat sich in dem ersten Jahr ihrer Laufzeit bewährt. Bis Ende des Jahres 1985 werden mehr als 30 000 Frauen die Hilfen der Bundesstiftung in Anspruch genommen haben. Mit der jetzt beschlossenen Gesetzesänderung erhöhen sich die Stiftungsmittel zunächst für vier Jahre um jeweils 10 Millionen DM, insgesamt also um 40 Millionen DM, so daß nunmehr jährlich 60 Millionen DM für weitere Hilfen zur Verfügung stehen.**

Mit diesem Schritt folgen wir dem verfassungsrechtlichen Gebot zum Schutz des ungeborenen Lebens, das auch die Schutzverpflichtung des Staates gegenüber der werdenden Mutter einschließt. Die Stiftung hat sich auch deshalb bewährt, weil ihre Hilfen schnell und unbürokratisch über freie Träger, und was noch wichtiger ist, stets auf den Einzelfall abgestellt, geleistet werden konnten, erklärte MdB Norbert Schlottmann im Deutschen Bundestag.

Von vornherein war klar, daß die Bundesstiftung als ein bedeutsamer Teil unseres umfassenden Familienpakets mit dem Gesamtvolumen von über 10 Milliarden DM verstanden werden muß. Nur in diesem Zusammenhang und ganz besonders mit der Einführung des Erziehungsgeldes kann die Bundesstiftung voll verstanden und gewürdigt werden. Sodann muß sie in Verbindung mit den entsprechenden Stiftungen der Bundesländer, mit den Sonderhilfen der Kommunen und den finanziellen Leistungen freier Träger, insbesondere der Kirchen, gesehen werden.

Auch die in den CDU/CSU-geführten Ländern gezahlten Leistungen wie ein ei-

genes Erziehungsgeld und Familiengründungsdarlehen sind hierbei von großer Bedeutung. Es ist bedauerlich, daß die SPD-geführten Länder diese Hilfen verweigern, so daß dort die in Not geratenen Frauen und Familien in verstärktem Maße auf die Bundesstiftung und auf die Hilfen der freien Träger angewiesen sind.

Die SPD-Fraktion ist deshalb aufgefordert, ihren ganzen Einfluß in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen geltend zu machen, damit auch dort bessere familienpolitische Einsichten entstehen, die unnütze Kritik an der Bundesstiftung durch tatkräftige Hilfen ersetzen.

Die SPD sollte darüber hinaus auf die von ihnen geführten Kommunen einwirken, damit auch dort Hilfen für schwangere Frauen und Familien in Not bereitgestellt und nicht immer wieder entsprechende CDU-Anträge rigoros abgelehnt werden. Die Sozialdemokraten bekräftigen sonst den Eindruck, daß die SPD wirksame Hilfen für schwangere Frauen in Not nicht will, zumal sie während ihrer Regierungszeit keinerlei Sonderhilfen entwickelt hat, trotz des dazu ergangenen Gerichtsbeschlusses. Die Beratungsstellen, die die Mittel verteilen, begrüßen diese Hilfen besonders deshalb, weil damit Frauen und Familien mit geringem Einkommen, Arbeitslosen, Auszubildenden und Sozialhilfeempfängern geholfen werden konnte. Die Hilfen sind unersetzlich.

In Verbindung mit unseren Initiativen ist die jüngste Erklärung der deutschen katholischen Bischöfe zu begreifen, die die Bürger des Landes aufrufen, sich aktiv für den Schutz des werdenden Lebens einzusetzen und alle dazu dienenden Initiativen zu unterstützen.

# Von der Gleichberechtigung zur Partnerschaft zwischen Mann und Frau

Partnerschaft 2000 war das Motto des 14. Bundesdelegiertentages der Frauenvereinigung am 27./28. September 1985 in Bonn. Um die Frage, wie die Gleichberechtigung der Frau bis zur Jahrhundertwende faktisch zu verwirklichen sei, ging es sowohl in der Diskussion mit dem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als auch bei den Beratungen der Bonner Erklärung, des Leitantes des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung. Der Bundesvorsitzende der CDU und die Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung waren sich einig in der Überzeugung, daß die in den Essener Leitsätzen niedergelegten Maßnahmen Schritt für Schritt verwirklicht werden müssen. Dies sei eine Frage der Glaubwürdigkeit der CDU.

Da man Gleichberechtigung jedoch nicht gesetzlich verordnen kann, rief der Bundeskanzler alle beteiligten Gruppen des Volkes, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, die Arbeitnehmerorganisationen und die Arbeitgeberorganisationen zur Zusammenarbeit auf, um in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft durchzusetzen. Er erklärte, daß die CDU in dieser Frage besonders gefordert sei, und ermutigte alle Gliederungen der Partei, dem Beispiel des Essener Bundesparteitages zu folgen, der die Anzahl der qualifizierten weiblichen Bundesvorstandsmitglieder von drei auf sechs verdoppelt hat.

In ihrem Rechenschaftsbericht formulierte die Bundesvorsitzende Dr. Helga Wex die Möglichkeiten der Partei, ihren Beitrag für mehr Partnerschaft zu leisten:

Die CDU kann als Partei durch legislative Initiativen, durch institutionelle und organisatorische Regelungen und durch beispielhaftes Verhalten im innerparteilichen Bereich die Durchsetzung der Leitsätze vorantreiben und deutlich machen, wie ernst es ihr mit den Essener Leitsätzen ist.

Die Bonner Erklärung, die auf dem Bundesdelegiertentag verabschiedet wurde, weist die Wege zur Gleichberechtigung der Frau in der CDU, zur Gleichstellung in parlamentarischer Verantwortung und in Regierungsverantwortung und im gesamtgesellschaftlichen Bereich. Zielvorgabe ist, daß in den Gremien der Partei, in den Kommunal-, Landes- und in Bundesparlamenten die Frauen so vertreten sind, wie es ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft in etwa entspricht. Dabei handelt es sich nicht um eine Quote, sondern um einen Richtwert, an dem die Bereitschaft der Partei, Gleichberechtigung durchzusetzen, gemessen werden kann. Im einzelnen hat der Bundesdelegiertentag folgende organisatorische und institutionelle Regelungen vorgeschlagen:

■ Es werden Gleichstellungsbeauftragte — je ein Vorstandsmitglied (Mann oder Frau) — auf der Landes-, Bezirks- und Kreisebene mit der Aufgabe der Gleichstellung betraut. Sie bringen das Ergebnis ihrer Arbeit in den Bericht des Parteivorstandes ein.

■ Eine hauptamtlich Beauftragte, die vom Generalsekretär im Einvernehmen mit der Bundesfrauenvereinigung bestellt wird, unterstützt den Generalsekretär im Einvernehmen mit der Frauenvereinigung bei der Aufgabe, die Leitsätze in der CDU umzusetzen.

■ Jährlich wird auf jedem Bundes-, Landes-, Bezirks- und Kreisparteitag der CDU über den Stand der Beteiligung der Frauen in der Partei berichtet.

■ Die CDU in parlamentarischer Verantwortung wird Frauen stärker als in der Vergangenheit fördern. Dies gilt insbesondere für die Besetzung von Ausschüssen, die Nominierung von Ausschußvorsitzenden sowie bei der Leitung von Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen.

■ Gleichberechtigungsstellen in den Ländern sollen besser finanziell ausgestattet werden und weiterreichende Kompetenzen erhalten.

■ Die Umsetzung der Leitsätze ist auch Aufgabe der von der CDU geführten Kommunen. Dies kann in unterschiedlichen Organisationsformen geschehen, z. B. Gleichstellungskommissionen, Gleichstellungsbeauftragte und Gleichstellungsstellen in der Verwaltung.

■ Der Bundeskanzler beruft eine/n Sonderbeauftragte/n für die Gleichstellung von Mann und Frau im Range eines Staatssekretärs.

Die Frauenvereinigung hat außerdem ein Konzept für ein Gleichberechtigungsforum erarbeitet. Der Bundesvorstand der CDU soll alsbald Voraussetzungen für die Einrichtung des Gleichberechtigungsforums schaffen, so wie der Essener Bundesparteitag es in Ziffer 44 der Leitsätze fordert.

## Neuer Vorstand

Auf dem Bundesdelegiertentag wählte die Frauenvereinigung auch ihren neuen Vorstand. Vorsitzende der rund 160 000 Mitglieder umfassenden Vereinigung wurde wiederum Dr. Helga Wex, MdB.

### Ihre Stellvertreterinnen sind:

Ursula Benedix-Engler  
Leni Fischer, MdB  
Roswitha Verhülsdonk, MdB.

### Zu Beisitzerinnen wurden gewählt:

Dr. Dorothee Wilms, Rheinland  
Dr. Ursula Besser, Berlin  
Doris Pack, Saar  
Eleonore Rudolph, MdHB, Hamburg,  
Dr. Hanna-Renate Laurien, MdA, Berlin  
Roswitha Erlenwein, MdBB, Bremen  
Marlene Lenz, MdEP, Rheinland  
Gerda Dempwolf, MdB, Niedersachsen  
Dr. Renate Hellwig MdB,  
Baden-Württemberg  
Ingrid Roitzsch, MdB,  
Schleswig-Holstein,  
Helma Schmitt, MdL, Rheinland-Pfalz  
Ingeborg Seitz, MdL, Hessen  
Prof. Dr. R. Wisniewski, MdB,  
Baden-Württemberg  
Elke Leistner, Westfalen-Lippe.

## Vogels Heuchelei

Die Bundesregierung weist die Versuche des Oppositionsführers Vogel (SPD) als abwegig zurück, einen künstlichen Zusammenhang zwischen der Reise des Bundespräsidenten nach Israel und der Genehmigung des Amtes für gewerbliche Wirtschaft für die Ausfuhr von Konstruktionsunterlagen zur Errichtung einer Munitionsfabrik in Saudi-Arabien herstellen zu wollen. Die Genehmigung wurde im Mai 1985 entsprechend dem Außenwirtschaftsgesetz von der zuständigen Stelle, dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, erteilt. Im übrigen hat die Bundesregierung Helmut Schmidt am 9. November 1977 im Bundessicherheitsrat eine Anlage zur Herstellung von Munition für Dubai und eine Anlage zur Herstellung von militärischen Sprengstoffen für Saudi-Arabien beschlossen. Die jetzige Bundesregierung bewegt sich damit im Rahmen der Praxis ihrer Vorgänger. Bekanntlich gehörte Oppositionsführer Vogel der damaligen Bundesregierung als Bundesminister an.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

Leitsätze

# Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau

**Beschluß des 33. Bundesparteitages  
der CDU in Essen 1985**



**NEU**

**Broschüre: Leitsätze.  
Die neue Partnerschaft  
zwischen Mann und Frau**

**Beschluß  
des 33. Bundesparteitages  
der CDU in Essen 1985**

Die Broschüre enthält den vollständigen Text der in Essen beschlossenen Leitsätze. Sie ist somit eine unentbehrliche Grundlage für die Weiterarbeit an der Verwirklichung der neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau.

Mindestabnahme:  
50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:  
21,50 DM

Bestell-Nr.: 5708

**Bestellungen an das  
IS-Versandzentrum  
Postfach 13 28  
Telex 941 713 ditor d  
4804 Versmold**

# UId

31/85

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 \* **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.